

Am Beispiel der Medien wird deutlich: Die SED duldete innerhalb der DKP und ihres Umfeldes keine Abweichungen von der Parteilinie. Sie nutzte das kulturpropagandistische Instrumentarium der westdeutschen Kommunisten ausschließlich im Interesse ihrer eigenen Machtpolitik. Darum war die heimliche Sorge mancher DKP-Führungsmitglieder, der große Bruder im Osten könnte den kleinen Anhang im Westen einfach fallen lassen, wenn es die SED-Interessen erforderten, nicht ganz von der Hand zu weisen.⁸ Tatsächlich war der SED trotz ihrer millionenschweren Subventionen zu keiner Zeit ernsthaft an einer starken, selbstbewußten und selbstbestimmten Kommunistischen Partei im Westen Deutschlands, die gegebenenfalls mit eigener Stimme sprach, gelegen. Sie benötigte für ihre taktischen und strategischen Interessen eine ihr bedingungslos ergebene, ideologisch, ökonomisch und politisch restlos abhängige Kaderpartei, „keinen losen auseinanderlaufenden Haufen, sondern eine schlagkräftige und geschlossene Truppe“, wie sich der Vorsitzende der DKP-Bundesschiedskommission Otto Hans auszudrücken pflegte. Die angeblichen „Kommunistenverfolgungen“ in der Bundesrepublik, die „Berufsverbote“ und „Wahlbehinderungen“ gegenüber DKP-Aktivisten paßten der SED durchaus ins Konzept, ließ sich an diesen Beispielen doch demonstrieren, daß es im Westen Deutschland weder Freiheit, Demokratie noch Menschenrechte gab. Mehr noch: Die Kulturpropaganda der SED benutzte vor allem den Radikalenerlaß, der den Kommunisten den Zugang zum öffentlichen Dienst erschwerte, als Rechtfertigung für die Unterdrückung der Dissidenten im eigenen Machtbereich. Die von der SED 1988 ausgebürgerte Bürgerrechtlerin Freya Klier hat in mehreren Interviews noch vor der Wende die Beobachtung wiedergegeben: „Immer dann, wenn sich im 'Neuen Deutschland' die Meldungen über immer neue Berufsverbote für die westdeutschen Kommunisten häuften und sich wiederholten, dann wußten wir, jetzt plant die SED wieder einen Schlag gegen die Opposition im eigenen Land.“⁹

Für die SED-Führung war die DKP lediglich ein in die Bundesrepublik verlängerter Arm ihres Parteiapparates. Zwar nahm der DKP-Vorsitzende Herbert Mies nicht mehr wie ehemals der KPD-Vorsitzende Max Reimann an allen wichtigen Sitzungen des SED-Politbüros teil, aber seine einzelnen Mitglieder wie Hager, Krenz, Axen und Honecker selber nahmen sich immer wieder das Recht, der DKP-Führung Weisungen zu erteilen, als handelte es sich um eine Unterorganisation der eigenen Partei. Dabei kam es gelegentlich zu regelrechten Kuriositäten. Schon bald nach seinem Amtsantritt übermittelte Erich Honecker der DKP-Führung den „Wunsch“, die Partei möge doch wie in den guten alten Klassenkampfzeiten wieder „Schallmeienkapellen“ aufspielen lassen – in seinem saarländischen Heimatort Wiebelskirchen und

8 Unveröffentlichte Schlußbemerkungen von Herbert Mies auf der 2. Tagung des DKP-Parteivorstandes im Juni 1986.

9 Rede Freya Kliers am 29.11.1989 im „Philosophenturm“ der Hamburger Universität.

anderswo. Mit einiger Mühe gelang es schließlich den Genossen, im Saarland, in München, Kiel und Hamburg altväterliche Schallmeienzüge zum Lobe des Proletariats und seiner Avantgarde aufzustellen. In Hamburg wurden die „Wilhelmsburger Jungens“, die vorher vor allem auf Fußballplätzen und eher am rechten Rand aufgespielt hatten, regelrecht aufgekauft und dank Ferienplätzen in der DDR, neuer Uniformen und Instrumente dazu gebracht, die Fahnen zu wechseln. Als Ende 1989 schlagartig die Finanzquellen der SED versiegt, tauschten die Hamburger Schallmeien von neuem die Fronten und machten fortan „Arbeitermusik“ für die rechte Szene.

1974 wurden auf ausdrückliche Empfehlung von Margot und Erich Honecker die „Jungen Pioniere“ gegründet, die „proletarische Kinderorganisation“ der DKP. Praktisch hatten die „Juppis“ allerdings keine höhere Aufgabe, als alljährlich Tausende bundesdeutsche Kinder zu kostenlosen Propagandaferien in die Pionierlager der FDJ zu schicken. Sie SED kannte keine Hemmungen, im Rahmen ihrer „Kinderferienaktionen“ auch Zehnjährige in ihre Desinformationskampagnen einzubeziehen und sie an Fahnenappellen und FDJ-Aufmärschen gegen die „Mordpläne der NATO-Kriegsbrandstifter“ teilnehmen zu lassen. Auf direkte Weisung des SED-Generalsekretärs versuchte die DKP auch im Westen Deutschlands die Jugendweihe hoffähig zu machen. Sie nutzte ihre Kontakte zur Freidenkerbewegung, zur Naturfreundejugend und zu Teilen der Gewerkschaftsjugend, um „Arbeitsgemeinschaften für Jugendweihe“ ins Leben zu rufen. Sie waren dem äußeren Anschein nach „unparteilich“ oder „parteilich nicht gebunden“, aber ihr Schulungsmaterial kam ausschließlich vom „Zentralausschuß für Jugendweihe“ in der DDR. In einigen Bundesländern wie Hamburg gelang es den „Arbeitsgemeinschaften“ zeitweise, ihre Vorbereitungskurse auch offiziell über die Schulen anzubieten, als Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht.

Die Kulturpolitik und -propaganda der DKP wurde von der SED zentral gelenkt und angeleitet. Zweimal im Jahr, im Juni und im Dezember, wurden die Mitarbeiter der Kulturabteilung des DKP-Parteivorstandes ins Haus des ZK der SED bestellt. Sie wurden dort über die aktuelle Lagebeurteilung und die Schwerpunkte der SED-Agitation informiert, und zum Abschluß der Beratungen wurde in detaillierten „Arbeitsvereinbarungen“ Punkt für Punkt festgelegt, welche kulturpolitischen Vorhaben die SED mit Hilfe der DKP in den folgenden sechs Monaten im Westen Deutschland durchführen wollte. Entsprechende „Maßnahmepläne“ gab es außerdem auf bezirklicher Ebene zwischen den Kulturabteilungen der betreffenden „partnerschaftlich verbundenen“ Parteiorganisationen, die sich ebenfalls ein- bis zweimal im Jahr zu gemeinsamen Arbeitsberatungen in der Regel auf dem Boden der DDR trafen. In den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR fühlten sich die SED-Anleiter ihrer Sache jedoch so sicher, daß sie keine Scheu kannten,